

Gewerbe: NEIN zur unsinnigen Lehrstelleninitiative

Die Präsidentenkonferenz des Kantonal St.Gallischen Gewerbeverbandes (KGV) hat am 1. September 2009 unter der Leitung von Kantonsrat und KGV-Präsident Hans M. Richle zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. September 2009 Stellung genommen.

NEIN zur Einheitsinitiative "Für die Schaffung eines Berufsbildungsfonds (Lehrstelleninitiative)"

Die Vorlage wurde durch den KGV-Präsidenten, Hans M. Richle, vorgestellt. Zu dieser Vorlage wurde einstimmig die NEIN-Parole gefasst.

Mit dieser Haltung verwehrt sich der KGV gegen die Vorhaltungen des Kantonalen Gewerkschaftsbundes und linker Kreise, die Wirtschaft biete zu wenig Lehrstellen an. Der KGV ist überzeugt, dass die Wirtschaft die Verantwortung wahrnimmt und Ausbildungsplätze in genügender Anzahl bereit stellt. Eine Steuerung über einen Berufsbildungsfonds ist daher obsolet.

Die Berufsbildungspolitik des Kantons St.Gallen ist nicht auf finanzielle Anreiz- oder Malusmechanismen ausgerichtet. Sie basiert vielmehr auf einem Engagement der Wirtschaft aus der Einsicht heraus, dass damit eine optimale Sicherung des Berufsnachwuchses gewährleistet ist. Diese Politik hat sich bislang bewährt. Mit dem Fonds werden neben der direkten Unterstützung von Lehrbetrieben verschiedene weitere Ziele angestrebt, deren Nutzen für die einzelnen Lehrbetriebe nicht unmittelbar ersichtlich wäre. Es ist davon auszugehen, dass auch an ausbildende Betriebe nicht in gleichem Mass Mittel direkt zurück fliessen würden, wie sie von diesen in den Fonds einzuschiessen wären. Je weniger aber der direkte Zusammenhang zwischen Aufwand und direktem Nutzen für den einzelnen Betrieb ersichtlich wäre, umso mehr würden die lohnsummenabhängigen Fondsbeiträge auch von aktiv ausbildenden Betrieben als steuerähnliche Abgabe wahrgenommen, was wiederum nicht ein zusätzliches Engagement, sondern vielmehr ein Desengagement der Wirtschaft bewirken würde. Ein Bonus-/Malusystem ist wenig geeignet, das Lehrstellenangebot positiv zu beeinflussen. Es bietet Betrieben die Wahl zwischen den Alternativen, selbst Ausbildungsplätze anzubieten oder die Verantwortung für die berufliche Grundbildung gegen Bezahlung auf den Staat zu überwälzen.

Im Weiteren gilt es zu berücksichtigen, dass die Wirtschaft gerade in der heutigen (schwierigen) Zeit äusserst sensibel auf zusätzlichen administrativen Aufwand und finanzielle Mehrbelastungen reagiert. Eine allfällige Annahme der Initiative könnte zum Bumerang werden - weniger Ausbildungsplätze könnten aufgrund der Mehrbelastung die Folge sein.

Parolen der weiteren kantonalen Abstimmungen

Karpeter Trunz, Kantonsrat und HEV-Präsident, stellte die Vorlage über die Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule Heerbrugg vor. Es wurde deutlich die JA-Parole gefasst.

Die beiden "Raucherinitiativen" wurden durch Dr. Peter Wiedersheim, Präsident der Ärztesgesellschaft des Kantons St.Gallen und Josef Müller-Tschirky, Präsident Gastro St.Gallen, vorgestellt. Die Mehrheit der Anwesenden war für die Initiative der Raucherliga "Freiheitliches Rauchgesetz für den Kanton St.Gallen" (inkl. Stichfrage).

Mit der Annahme der Initiative der Raucherliga wird in den meisten Kantonen der Ostschweiz die gleiche Gesetzgebung in dieser Sache angewendet. Klare Ausnahmeregelungen für die Gastrobetriebe sind in allen Gemeinden definiert.

JA zur befristeten Zusatzfinanzierung der IV

Nationalrätin Marianne Kleiner stellte den Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze vor. Es wurde die JA-Parole gefasst.

Die Invalidenversicherung (IV) muss dringend saniert werden. Sie ist mit über 13 Mrd. Franken hoch verschuldet. Jährlich kommen weitere 1,4 Mrd. Franken hinzu. Heute belasten die IV-Defizite den AHV-Fonds. Die riesige Schuldenlast bedroht daher nicht nur die IV. Auch die AHV-Renten sind mittelfristig gefährdet. Die Vorlage ist ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen ausgabenseitigen Sanierung der IV.

Zu den übrigen Abstimmungsvorlagen wurden keine Parolen gefasst.

Nähere Auskunft erteilt:

Felix Keller, Geschäftsführer des Kantonal St.Gallischen Gewerbeverbandes
Tel. 079 601 40 44; e-mail: f.keller@gsgv.ch

2. September 2009